

# Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands- bezüher 1 Goldmark monatlich. Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. (Neubau). Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Junger werde zum Ganzen und laß dich selber sein Ganzes werden. Als blendendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an.

Inserate: Die 3spalt. Zeile wird mit 0,20 Goldmark für Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei. Postfachkonto: 9308 Berlin, W. Herben, Charlottenburg.

## Das Wirken der kommunistischen Partei in unserem Verband.

Der Beschluß des Verbandsrates und Vorstandes über das verbandsschädigende Treiben von Besetzungskörpern innerhalb unseres Verbandes hat weniger bei unserer Mitgliedschaft, um so mehr beim Zentralkomitee zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit, Gruppe Chemie, Abteilung Porzellanarbeiter (seinem Glied der IAD und der kommunistischen Internationale in Moskau) Erregung hervorgerufen. Dieses Zentralkomitee hat sofort nach der Vorstand- und Beiratsitzung über den als vertraulich bezeichneten Verlauf der Sitzung an seine Vertrauensleute berichtet und ihnen Anweisungen gegeben, wie sie sich zu dem erwähnten Beschluß zu verhalten haben, und was sie tun müssen. Unsere Verbandsmitglieder, auch die politisch kommunistisch gesinnten, ersehen daraus die Enttarnung künstlich entfacht und mißbräuchlich verwertet wird. Wenn also in den nächsten Parteistellenversammlungen unsere Verbandsmitglieder zu Wort kommen dürfen, wissen sie schon im voraus, daß diese bestellt sind. Die Vertrauensleute des genannten Zentralkomitees können dann den Nachweis liefern, daß sie für ihre Besetzung auch die Regie zum Klappen bringen. Die Anweisung zu dem Spionag aus der Masse hervorbringenden Enttarnungsakt ist gegeben, und die Auswirkungen können wir nun in aller Ruhe betrachten.

Der in dieser Nummer befindliche Artikel des Kollegen Stuhmann-Werlin eröffnet den Reigen der bestellten Protokolle. Unsere Mitglieder wissen also beim Lesen des dieser Artikel bezweckten soll und auf welche Einwirkungen er zurückzuführen ist. Stuhmann befolgt in seinen Ausführungen ganz genau die Anweisungen der Zentralkomitee und spielt selbstverständlich als Mitglied den „Enttarneten“. Er verbreitet sich im wesentlichen über den Beschluß des Verbandsrates und -vorstandes und stellt gleich an die Spitze seiner Darlegungen zum Beschluß die Frage, ob etwa damit die Meinungsfreiheit untergraben werden solle. Es muß einen nachdenklichen Leser der Stuhmannschen Zeilen unübersehbar berühren, daß er sich durch die Warnung — nur um eine solche handelt es sich im Schluß — schon getroffen fühlt. Ist es Angst, die die Zentralkomitee und darauf auch der Kollege Stuhmann in Tätigkeit gebracht hat? Oder ist es Besessenheit? Der Vorstand und der Beirat wollen mit ihrem Beschluß doch erst die Vereinerung treffen, die sich in der Zukunft ereignen, da braucht doch kein Kollege, der sich nicht in verbandsschädigender Weise betätigt, bange sein. Kollege Stuhmann vertritt aber in seinen häßlichen Fragen, daß er Gründe haben muß, etwa vom Vorstandsbeschluß getroffen zu werden, sonst bräuhete er sich nicht dagegen zu verhalten. Seine geäußerte Haltung ist demnach recht verständig und läßt allerlei Schlüsse zu. Es steht doch so, daß Kollegen, die sich kein verbandsschädigendes Treiben zuzuschreiben kommen lassen, nur keine Gedanken haben brauchen, vom Vorstandsbeschluß und Beiratsbeschlüssen berührt zu werden. Beim Zentralkomitee zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit (nach Richardis: Wie ich sie aufstelle) Gruppe Chemie, Abteilung Porzellanarbeiter, und seinen Spionagemännern ist wohl Grund zur Erregung vorhanden, und ihre Abwehr beweist mit aller Deutlichkeit, daß sie in verbandsschädigender Sinne handeln. Verbandsmitglieder bedenkt das!

Weil in den Ausführungen Stuhmanns auch die bekannten kommunistischen Hinweise auf die bishige Tätigkeit der Spionagemänner, auf den Geist und die Tendenz der gewissen Arbeitsgemeinschaften und die Taktik der Gewerkschaften so betätigt gegeben sind, so wird daraus hervorgeht, daß die Zentralkomitee der Porzellanarbeiter der kommunistisch beeinflussten Agententruppen der Arbeiterschaft und vor allem den Organisationsbüros der Proletariats ungebühren Schaden zuechtigen haben. Denn ohne Rücksicht auf die Lage der Dinge und vor allem ohne Rücksicht auf die verheerenden und schädlichen Wirkungen wurden die Beteiligten aufschuldig in die Arme der bürgerlichen Justiz und dann in die Anstalten und Gefängnisse getrieben. Diese Schäden werden durch keine Verschuldung der Arbeiterkammer Mithilfe aus der Welt geschafft und vertuscht werden können.

Die Behauptung, die Arbeitsgemeinschaft habe für die Arbeiterkammer ungebührlich schädlich gewirkt, ist nur eine allgemeine Nebenart, sonst müßten alle die Gewerkschaften die nicht an den Arbeitsgemeinschaften beteiligt waren, glänzend in den letzten Jahren abgesehen haben. Aber beim genaueren Zusehen läßt sich erkennen, daß sie bei ihren Kämpfen genau so mit den allgemeinen Reaktionserscheinungen zu rechnen hatten, wie die in den Arbeitsgemeinschaften kein Streit und keine Ausbeutung durch das Befehlen der Arbeitsgemeinschaften bedingt, oder gar unmöglich gemacht worden. Und alle Gewerkschaften, die im Laufe der letzten Jahre oppositionelle Spitzen bekamen, unterlag bei ihrem Auswirken genau so den unerbittlichen Verhältnissen, deren Verbesserung wir erstreben, wie die anderen.

Stuhmann möchte auch unseren Verband „wieder“ auf den Boden des Klassenkampfes zurückbringen. Er hat anscheinend andere Anschauungen über den Klassenkampf, wie die Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder. Er hätte deshalb sagen müssen, daß er den Klassenkampf der mit Nebenarten jonglierenden, vornehmlich friedlichen Proletariats meint, oder den der gewerkschaftlichen, die mit jeder mehr oder minder erfolglosen Handlung dem Kapitalismus ein Stückchen Macht abringen. Es wäre um die Arbeitsgemeinschaften wirklich sehr bestellt, wenn man vom Klassenkampf redet und die Arbeiterkammer, aber um so mehr danach gehandelt würde. Wir Gewerkschaftler fassen den Klassenkampf mehr so auf, daß wir handeln; was sich die Richtung des genannten Zentralkomitees dagegen mehr auf die wirkliche Bewegung verlag.

Nach Eis. Betonerungen ist die Opposition in den Gewerkschaften keine persönliche, und doch wird in den Anweisungen des Zentralkomitees, die ja St. mit seinem Artikel a. h. o. am besten hat, ausdrücklich verlangt, den hauptverantwortlichen Funktionären und seine Anhänger und alle nichtkommunistischen Funktionäre vom Unterfasserer aufwärts zu bestreiten. Den eigentlichen Zweck, der stets gelegentlich und bemerkt wird, legt das Zentralkomitee zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit, Gruppe Chemie, Abteilung Porzellanarbeiter, schon offener

dar. Es benennt sogar namentlich eine Anzahl Funktionäre, die auf Befehl zur „K. h. e. n. s. c. h. a. f. t.“ gezogen werden sollen.

Die paar Angaben zur Beleuchtung der Anhänger des genannten Zentralkomitees mögen für heute genügen. Sie zeigen unserer Mitgliedschaft, was damit im allgemeinen bezweckt werden soll, und was hinter dem statutenwidrigen und verbandsschädigenden Treiben steckt. Das Wirken stützt sich in keiner Weise auf persönliche Erfahrungen und Anschauungen, sondern auf die Anweisungen der Moskauer Zentrale zum Besten der Amsterdamer Gewerkschaften, deren Statuten und Richtlinien heuchlerischerweise anerkannt werden.

Zahrelang wird von dieser Richtung in unserem Verbande schon miternt. Wir haben sie gewähren lassen. Allmählich nimmt das verbandsschädliche Treiben aber eine Richtung an, die das gewerkschaftliche Vertrauen und das Vertrauen fast unmöglich macht. Die hauptsächlichste Zeit muß in den Sitzungen zum Wohle des Gesamtverbandes notwendig ist. Laßt nirgendwo und Versammlungen zur Gelbgebung und zur Abwehr verbandsschädlicher Einflüsse verwendet, und zu den brennenden gewerkschaftlichen Fragen kann nur oberflächlich Stellung genommen werden. Jetzt muß sogar das Verbandsorgan seine Spalten für nutzlose Selbstbelämpfung vor aller Wichtigkeit verstellen und sein bisher eingehaltenen neutralen Weg verlassen. Das bedeutet freilich für die Unternehmer eine Art Schonzeit. Und das gerade in der brennendsten Zeit, in der die Arbeiter gegen die Arbeitszeit und gegen ihnen unbecommene Mantelvertragsbestimmungen vorgehen. Aber wir kommen nicht drum herum; denn es geht um den Erhalt der Organisation.

Nach s. einseitige Gewerkschaftsmittel muß erweisen, ob das Ausfragen der rein politischen Streitfragen unsere gewerkschaftlichen Kräfte zermürben soll, oder ob wir weiter unsere gewerkschaftlichen Arbeiten zu erledigen haben. Auf diese haben wir alle Aufmerksamkeit, allen Kampfswillen zu konzentrieren. Die Entscheidung darüber liegt bei unseren Verbandsmitgliedern. Sie haben es in der Hand, ob die Anweisungen des genannten Zentralkomitees zu befolgen sind oder ob unsere Gewerkschaft erhalten bleiben muß. Wir haben den festen Glauben, daß das letztere das Richtige sein wird. Drum haltet euch allort an die Weisung des Vorstandes, daß kein Treiben auf unsere kommunistisch gesinnten Mitglieder bezweckt ist und entgegen soll, sondern daß gemeinshaftlich am Verband und seiner Erhaltung zu arbeiten ist.

Weist die Anweisungen der Zentralkomitee zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit von euch und handelt, wie es zum Wohle des Gesamtverbandes notwendig ist. Laßt nirgendwo die Bestreuer aufkommen oder euch von ihnen ins Schlepptau nehmen.

Der bekannte Wissenschaftler Richard Gregory führte in einem Vortrag u. a. aus: „Ungeahnte Möglichkeiten haben sich uns eröffnet. Doch das Verhalten der Menschheit gegenüber den neuen wissenschaftlichen Errungenschaften war dasjenige eines Kindes, das mit Feuer spielt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen zum Nutzen der ganzen Menschheit und nicht zur Zerstörung verwendet werden. Wenn dies nicht geschieht, so wird die zivilisierte Menschheit ohne Zweifel von diesem Planeten verschwinden!“

## Vorstands- und Beiratsbeschlüsse und Opposition.

In der „Stimme“, Nr. 6, befindet sich ein Bericht über die Hauptvorstands- und Beiratsitzung vom 27. und 28. Januar 1924. Es geht es ungemein wichtig wäre, Stellung zu nehmen zu der jetzt allgemeinen Lagefrage der Arbeitszeitverlängerung, haben es der Vorstand sowie der Beirat für notwendig gefunden, die Verhandlungen für vertraulich zu erklären und die Entscheidung einer Kommission zu überweisen. Ein Beschluß den ich nicht begreifen kann. Denn gerade in der Arbeitszeitfrage kann es meiner Überzeugung nach keine Vertraulichkeit geben, sondern das offene und ibrliche Bekenntnis vor der breitesten Öffentlichkeit müßte abgegeben werden, daß innerhalb der feinkeramischen Industrie die Verlängerung der Arbeitszeit in keiner Weise berechtigt, bezw. begründet ist und den Unternehmern der stärkste Widerstand entgegensteht wird. Selbst dort, wo Kollegen aus Unkenntnis den Wünschen der Unterhmer Rechnung tragen, muß die gesamte Aufklärungsarbeit des Verbandes einlegen, um die Kollegen vor der Falschheit ihres Handelns zu überzeugen. Die Vertraulichkeit der Verhandlungen aber läßt Zweifel und Verdächtigung aufkommen und bei den Unternehmern Veranlassung, zu behaupten, daß die Organisation mit einer Arbeitszeitverlängerung einverstanden ist.

Ebenso wichtig, je nach dem Verhalten des Vorstandes bzw. Beirates noch wichtiger, scheint der Beschluß des Bundesausschusses des IADG betreffs der sog. Opposition zu sein. Nach dem der Vorstand bzw. Beirat glaube beitreten zu müssen und diesen Beschluß in breiter Öffentlichkeit bekannt zu geben.

Staubt der Vorstand bzw. Beirat durch solch einen Beschluß ernstlich daran, die Meinungsfreiheit innerhalb unserer gewerkschaftlichen Organisation unterbinden zu können? Am solch einen Beschluß durchzuführen zu können, muß man doch zum mindestens Beweise anführen können, wann und wo sich die sog. Opposition verbandsschädigend angewirkt hat.

Man muß bestimmte Vorkommnisse veröffentlichen, aus denen klar hervorgeht, daß Kollegen der sog. Opposition sich arbeitserföndlich oder statutenwidrig verhalten haben oder in irgendeiner Weise den Unternehmern Hilfsdienste leisteten. Solange eine solche Beweisführung nicht erfolgt, bezw. erbracht ist, kann ich diesen Beschluß nur als unsinnig, wenn nicht als verbandsschädigend bezeichnen.

Die Bürgerkriegsopposition bzw. Arbeitsgemeinschaftsopposition der Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften hat nach meiner Überzeugung erst die sog. Opposition innerhalb der freien Gewerkschaften hervorgerufen. Und wie nur zu bechtigt diese Opposition war, beweist der vor kurzem gefasste Beschluß des IADG betreffs der Arbeitsgemeinschaft mit den Unter-

nehmern. Die freien gewerkschaftlichen Organisationen dürfen mit ihren Klassenfeinden, den Unternehmern, keine Arbeitsgemeinschaft haben. Diefelbe hat, wie stündlich neu bewiesen wird, für die Arbeiterklasse in ungeblicher Weise schädlich gewirkt und zum Teil den Glauben an die gewerkschaftlichen Organisationen zerstört.

Solange der Geist und die Tendenz der Arbeitsgemeinschaft nicht vollständig aus den deutschen freien Gewerkschaften verschwunden sind, wird die sog. Opposition leben wachsen und gedeihen zum Wohle der Mitglieder und des Verbandes.

In unserem Verband wie in allen anderen Organisationen richtet sich der Kampf der sog. Opposition gegen die bisherige Taktik der Spitzen der freien Gewerkschaften. Nach meinem Dafürhalten ist diese Opposition keine persönliche: Die sog. Opposition will nicht nur die Mitglieder unseres Verbandes, sondern die gesamte Arbeiterklasse auf den Boden des Klassenkampfes zurückführen.

Die Opposition wird sich trotz des Beschlusses des Vorstandes bzw. Beirates das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb unserer gewerkschaftlichen Organisation auch in Zukunft in keiner Weise nehmen lassen. Nach wie vor werden alle Kämpfe gemein am geführt werden, und durch die gemeinsame Arbeit der zwei noch momentan auseinander strebenden Anschauungen werden wieder neue Kräfte der Arbeiterklasse den Gewerkschaften zugeführt und die Organisationen zahlenmäßig und finanziell gestärkt werden. Beginn der Vorstand aber damit vielen unflugerweise gefassten Beschlüssen in die Praxis einzuführen, dann wird nach meiner Überzeugung das eintreten, wie es bebauerlicherweise in einigen Verbänden (Keramiker, Holz- und Metallarbeiter) erlebt worden ist. Die Opposition und die mit ihr sympathisierenden Kräfte werden durch diese Enttarnung, die sie erdulden müssen, dazu getrieben werden, sich selbst zur Vertreterin ihrer Auffassung zu machen und damit tritt eine Verwirrung innerhalb des Verbandes ein. Deswegen ist der Beschluß, den der Vorstand und der Verbandsbeirat gefasst hat unter allen Umständen zu revidieren und zu revidieren. Der Beschluß treibt bereits einen Keil in die Mitglieder Massen hinein und stellt Handlungen in Aussicht, gegen die sich jeder selbstständig denken, organisierte Kollege wenden muß. Adolf Stuhmann.

## Schädliche Taktik und Kritik.

Ein Teil Verbandsmitglieder nahm zu dem Schiedsspruch über die Arbeitszeit eine Haltung ein, die zu außerordentlich ernsten Bedenken Anlaß gibt. Sie löste eine Wirkung aus, von der man sagen muß, daß sie geradezu den Verband schädigt. Diese Behauptung wird nicht etwa leichfertiger erhoben, sondern wird durch den Lauf der Dinge in den letzten Wochen erschreckend bewiesen.

Wie kam es? Die Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie hatten bei den Verhandlungen — diese lassen sich bei Tarifvereinbarungen nicht umgehen — über die Arbeitszeitfrage die 60 stündige Wochenarbeitszeit als Regel gefordert. Sie lebten vor der Schiedsstelle des Reichsarbeitsministeriums alle Hebel in Bewegung, um ihre Forderung durchzudrücken. Sie hatten damit kein Glück. Der Schiedsrichter konnte sich den unüberlegbaren Begründungen unserer Verhandlungskommission nicht verschließen und entschied, daß in erster Linie die bisherige 48 stündige Wochenarbeitszeit grundsätzlich Vertrag bleibt. Dieser Festlegung im Rechtsvertrag stimmte auch die Arbeitgeberseite zu. Der Punkt 2 konnte und kann nur Ausnahmen regeln, wie keine Normierung ergibt und niemals den Punkt 1 aufheben. Das ist nach dem Text des Schiedsspruches einwandfreie Wirtensmährheit. Auf Grund dieser an sich klaren Sachlage gab nach reiflicher Prüfung aller vorliegenden eingehenden Berichte aus den Reichsgebieten und den Schilderungen in der Vorstand- und Beiratsitzung die Verhandlungskommission ihre Zustimmung. Das war am 2. Februar.

Aber schon in den vorausgegangenen Tagen setzte eine Strömung über die Auslegung zum beknappendsten Schiedsspruch ein, die dem eigentlichen Vertragsgehalt entgegenstand. Der Schiedsspruch wurde absichtlich nur von den Punkten 2, 3, 4, 5 betrachtet und der grundsätzlich bestimmende Punkt 1 völlig übergangen. Allgemein wurde die Meinung in vielen Fabrikstellen verbreitet: Der Schiedsspruch habe den Achtstundentag befestigt, die Verbandsleitung habe mit der Zustimmung zum Schiedsspruch den Achtstundentag verraten, der Schiedsspruch bringe die 54-Stundenwoche und noch längere Arbeitszeit und die Nichtbeachtung der Betriebsräte, und wie die unternehmergünstigen Argumente alle hießen. Mit dem Verbot dieser falschen Auslegung wurde selbstverständlich die „Kritik“ über die Verbandsleitung verbunden, und so richtig eine Art Propaganda nicht etwa gegen die 60 Stunden fordernden Unternehmer, sondern nur gegen die von so manchem verhasste Verbandsleitung erzeugt. Als fast vierzähige Tage lang die Arbeitermassen in den Betrieben dieser schädlichen Suggestion ausgesetzt und somit in der Lage eine Arbeitszeitverlängerung durch falsche Taktik und verkehrte Kritik eingeführt waren, erst dann machten die etwas schlauereren Unternehmer sich die für sie günstige vorbereitete Stimmung zunutze und verlangten das, was die vielen Helfer unter der Arbeiterschaft und die Unternehmer fälschlicherweise in den Vertrag hineingelegt hatten, also die 54-Stundenwoche allgemein. Drum fielen die Hauptkonflikte in die Woche vom 10. bis 16. Februar. No schon vorher die Arbeitgeber ihr Verlangen gestellt hatten, war es ihnen möglich gemacht worden durch genaues Sondieren der Betriebsräte. Und einige Arbeitgeber haben ja bei den Verhandlungen deutlich genug zu verstehen, daß sie bei einer Arbeitszeitverlängerung von ihren Betrieben keine Widerstände zu erwarten hätten. Sie wußten also genau, wie weit sie zu gehen hatten. Als dann gar die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie — selbstverständlich mit Ausnahmen — die unangenehme Auslegung des Schiedsspruches in die Hand nahm, die von gewissen Seiten mit der passenden Stimmungsmache gegen den Verbandsvorstand noch gefördert wurde, war der Zeitpunkt für die kampfbereiten Fabrikleiter gekommen, und sie haben ihn mit Erfolg ausgenutzt.

Die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie im Allgemeinen hat jedoch den Schaden davon.

